

Justiz Die Razzia in Olaf Scholz' Finanzministerium wirft Fragen auf **Politik S. 3**

Flut Wie ein Vermieter die Zerstörung in der Eifel eiskalt ausnutzen will **Politik S. 5**

Streit Sollen Ungeimpfte in Quarantäne noch Lohnersatz bekommen? **Debatte S. 14**

Lust Unser Autor stammt aus Rumänien und darf dieses Jahr erstmals wählen **Kultur S. 17**

Apokalypse? Wir haben die Wahl

Die nächste Bundesregierung kann den Klimakollaps noch verhindern. Ist das unsere letzte Chance? **s. 6/7**

Die Welt als Zelt

Leerstelle Die Außenpolitik der Regierung Merkel war zu ideenlos, um im Wahlkampf von Bedeutung zu sein. Ein Neustart ist dringend nötig

■ **Lutz Herden**

Der Blick vom westlichen Balkon auf den Rest der Welt fördert Erstaunliches zutage. Lange wurde dem interventionistischen Affen Zucker gegeben, nun jedoch irrt er herum, sucht nach Halt und erinnert an den unternehmungshungrigen Ikarus, dem die Sonne zum Verhängnis wird. Immer schon taugte sein Absturz zu Lektion und Exempel, stets wähten sich Menschen und Mächte als zu geschichtsmächtig und stark, um deswegen schwach zu werden. Aber sie waren und sind es. Afghanistan liefert einen nächsten Beweis.

Plötzlich hinkt eine übergreifende Weltordnungspolitik erschöpft und demoralisiert ihren Ambitionen hinterher, dass es sogar der deutschen Verteidigungsministerin auffällt. Und dann reicht schon ein Gerücht über russischen Support für die Regierung in Bamako, um für die Bundeswehr in Mali afghanische Lösungen anzudeuten. Gerät der Wille zur Fremdbestimmung fremder Gesellschaften in Verruf? Zweifellos ein Unterfangen, das in den betroffenen Weltgegenden mehr Widerstand provoziert, als Eroberer und Erzieher auf Dauer verkraften. Zumal die Bereitschaft zu Risiko und Opfer auf Schlachtfeldern weit draußen vor der Tür den postheroischen Gesellschaften des Westens längst fremd wurde. Der militärische Zugriff auf andere Staaten mag als temporärer Kraftakt gelingen, doch fehlt der lange Atem zum Krieg. Auch ist es dem westlichen Selbstbild überlegen glaubt. Insofern gäbe es Gründe zuhauf, wollte Deutschland seine Außen- und Sicherheits-

politik einer Generalinventur anvertrauen. Erst recht, wenn eine Bundestagswahl nahelegt, dies öffentlich zu tun. Schließlich kann es niemandem entgangen sein, dass die Vereinigten Staaten als NATO-Führungsmacht auch unter Joe Biden der Trump-Devise folgen: Europas Krisen sind nur noch bedingt Amerikas Konflikte. Behelligt uns nicht über Gebühr.

Der Westen hat sich als Block und Bastion keinen Gefallen getan, als er nach 1990 der Versuchung erlag, eine Epochenwende schadlos überstehen zu wollen. Wie soeben Frankreich brüskiert und aus einem Rüstungsgeschäft mit Australien entfernt wird, damit den USA eine indopazifische Allianz gegen China in den Schoß fällt, spricht Bände. Partner wie Handlanger zu behandeln, ist ein todsicheres Mittel, sich ihrer zu entledigen. Wohl dem, der bei solcherart Crash im Beziehungsgefüge auf eine souveräne Außenpolitik zurückgreifen kann, die das diplomatische Handwerk schätzt und um Beinfreiheit bemüht ist.

Von Brandt bis Schröder – alle agierten klüger als die Kanzlerin

Deutschland fällt nicht darunter. Es beweint seinen Ikarus, statt nach bekömmlichen Höhenflügen Ausschau zu halten. Der internationale Ertrag des letzten Kabinetts Merkel ist mit Begriffen wie Stagnation und Status quo erschöpfend beschrieben und zu belanglos, um peinlich zu sein. Das Verhältnis zu Russland wirkt gestörter, als es 2017 bereits war. Der Ukraine-Konflikt ist zwar eingefroren, aber weit davon entfernt, gelöst zu sein. In der EU beschreibt innere Zerrissenheit einen Normalzustand, dem allein pandemiebedingter Pragmatismus Zügel anlegt. In Syrien hat sich der von mehreren Bundesregierungen betriebene

und nach Kräften unterstützte „regime change“ vorerst erledigt. Für die Palästinenser ist der nicht zuletzt von Deutschland in Aussicht gestellte Staat irrealer denn je. Ziele wie Abrüstung und Rüstungskontrolle scheinen auf den Index geraten. Überlebenshilfe für das Nuklearabkommen mit dem Iran bleibt Stückwerk. Gegenüber den USA waltet eine illusionäre Vasallentreue, die so weit geht, mit einer deutschen Fregatte im Indopazifik China erschrecken zu wollen.

Und wer es wie Russland wagt, seinen Interessen Geltung zu verschaffen, wird gemäßregelt, bedroht, bestraft und mit Sanktionen belegt. Dazu passt ein Außenminister, der weniger als Diplomat besticht denn als Hohepriester einer schwarzen Pädagogik in Erscheinung tritt. Was mit Traditionen bricht. Willy Brandt mit seiner Ostpolitik, Helmut Schmidt durch die Affinität zu Frankreich (Giscard d'Estaing) und zur Weltökonomie, Helmut Kohl dank eines Prestiges als Europäer, Gerhard Schröder mit der Skepsis zur bellizistischen Hybris der Bush-Administration (Irak) und dem Verständnis gegenüber Russland – sie alle hielten in ihren auswärtigen Beziehungen die Ideologie auf Abstand, sobald daraus eine Fessel zu werden drohte.

Bei Angela Merkel ist das Gegenteil eingetreten: Je ideenloser sie agierte, desto ideologischer wurde es. Weil die SPD daran Anteil haben wollte und sich mit Heiko Maas eine Fehlbesetzung vom Feinsten leistete, umweht ihren Wahlkampf so wenig Welt wie möglich. Schwer vorstellbar, von Olaf Scholz einen Satz zu hören wie: Die globale Risikogesellschaft, deren Teil wir allein wegen der Klima-Erosion sind, kann nicht beherrscht werden, sie will moderiert sein – was sich als Westen versteht, muss das lernen.

Zu entkommen wäre dem obwaltenden Hochmut nur, wenn es die staatstragende politische Klasse dieses Landes für geraten hielte, sich selbst zu entkommen und dem Glauben abzuschwören: Die Welt ist mein Ebenbild oder ist es nicht wert, mein Ebenbild zu sein. Allerdings brauchte dies einen Sinnes- und Mentalitätswandel, wie es ihn seit 1949 noch nie gab. Dennoch sollte Ikarus endlich in Frieden ruhen.

Kathrin Hartmann erklärt, was echter Klimapolitik im Wege steht

Hungerstreik? Laschet, Baerbock und Scholz wissen doch ganz genau, was los ist

Eine Gruppe junger Menschen, die sich als „letzte Generation“ wähten, ist in den Hungerstreik getreten. Sie wollen ein Gespräch mit den Kanzlerkandidat*innen erzwingen. Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Armin Laschet sollen mit ihnen über „den Mord an der jungen Generation“ reden.

Das ist verstörend. Einerseits, weil die jungen Menschen angesichts erwartbarer Weiter-so-Koalitionen dermaßen verzweifelt sind, dass sie sich selbst verletzen. Andererseits, weil diese moralische Erpressung ins Leere läuft: Niemand muss Scholz, Baerbock und Laschet noch die Klimakrise erklären. Sie wissen alles, kennen die immer dramatischeren Sachstandsberichte des Weltklimarats. Die Bundesregierung selbst beschreibt in Berichten die Klimawandelfolgen. Den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz feierten diejenigen besonders enthusiastisch, die ihn politisch zu verantworten haben. CDU-Chef Armin Laschet freute sich über den „klaren Auftrag“.

Endzeit-Darbietungen und Märtyrer-Events wie die von Extinction Rebellion, Unterstützern des lebensgefährlichen Hungereperiments, werden daran nicht rütteln. Nicht mangelndes Wissen ist der Grund dafür, dass kein einziges Wahlprogramm der im Bundestag vertretenen Parteien geeignet ist, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Es liegt an Macht- und Eigentumsverhältnissen. So pendelt der Wahlkampf zwischen antilinker Polemik und Verzichts-Panikmache. Das soll eine Mehrheit veranlassen, die Interessen einiger weniger als die eigenen zu betrachten. Auf der anderen Seite warten Versprechen eines grünen Wolkenkuckucksheims, die suggerieren, mit Hyperloops, Wasserstoff, Flugtaxi, E-Autos und grünen Daniel Düsentricks könne mittels weniger Korrekturen alles bleiben, wie es ist. Aus beidem resultiert das gesellschaftliche Stockholmsyndrom mit den Kapitalinteressen, die der

sozialökologischen Transformation im Wege stehen.

Umverteilung, Stärkung von Daseinsvorsorge wie Gemeingütern, Reduktion des Energie- und Rohstoffverbrauchs, Landwirtschafts- und Verkehrswende – wie stark die Kapitalinteressen sind, die sich gegen all das und somit gegen die Allgemeinheit richten, zeigte sich zuletzt im Rot-Grün regierten München: Rabiater denn je ging die Polizei während der Internationalen Automobil-Ausstellung gegen Aktivist*innen vor, selbst bei der bürgerlichen Großdemonstration für Klimaschutz setzte sie Schlagstöcke und Pfefferspray ein. Im einzigen klimapolitischen Instrument, das bisher wirklich umgesetzt wurde, manifestiert sich diese Macht ebenso: Dank Zertifikathandel muss nicht einmal der Kohlekonzern RWE, größter CO₂-Emittent Europas, steigende CO₂-Preise fürchten. Er hat sich längst mit günstigen Verschmutzungsrechten eingedeckt. Das war und ist politisch erwünscht wie organisiert.

„Es ist immer möglich, jemanden aus dem Schlaf zu wecken. Aber kein Lärm der Welt kann jemanden wecken, der nur so tut, als würde er schlafen“, schreibt der Autor Jonathan Safran Foer. Genau das macht diesen Wahlkampf zu einer so durchschaubaren Inszenierung des Aufbruchs zum Erhalt des Status quo. Wissenschaftliche Erkenntnisse prallen daran ab, ebenso apokalyptische Drohungen. Helfen kann nur eines: der solidarische Widerstand von unten.

Lesen Sie zur Bedeutung des Hungerstreiks für die Klimabewegung weiter auf Seite 17

Kathrin Hartmann schreibt über das „Paradox der Apokalypse“ auch in ihrem Buch *Grüner wird's nicht*



Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVStk. A04188
Entgelt bezahlt

Apokalypse? Wir haben die Wahl Die nächste Bundesregierung kann den Klimakollaps noch verhindern. Ist das unsere letzte Chance?

Die Wahl unseres Lebens

Klimarettung Der Erde geht es gar nicht gut: Überschwemmungen, Waldbrände, tauendes Polareis. Noch ist eine Begrenzung der Erderwärmung machbar – es liegt an uns

Wie geht es dem Planeten?

Klimawissenschaftler sind sich einig: Es kommen jetzt große Veränderungen auf die Menschheit zu, die nächsten zehn Jahre werden entscheidend sein. 2021 haben wir noch die Wahl, ob wir selbst das gesellschaftliche Leben transformieren oder ob die Klimakrise unser Leben gravierend verändert.

Im Jahr 2009 entwickelte ein internationales Team von Forschern erstmals das Modell von Planetary Boundaries, Belastungsgrenzen der Erde. Sie zeigten, dass die Stabilität des Erdsystems von neun Bereichen bestimmt wird (siehe Grafik). Es sind die Wechselwirkungen zwischen Land, Ozeanen, Atmosphäre und Lebewesen, die unser Leben auf dem Planeten ausmachen.

Vier der neun kritischen Grenzen sind bereits überschritten: Im Hinblick auf Klimakrise, Landnutzung und die Kreisläufe von Phosphor und Stickstoff haben wir den sicheren Handlungsraum längst verlassen, die Vielfalt von Pflanzen und Tieren ist sogar im hohen Risikobereich. Das Diagramm der Forscher zeigt: Es ist bei weitem nicht nur das Klima, das kollabiert. Kippunkte im Klimasystem und der Verlust von Biodiversität haben allerdings die gravierendsten Folgen für unseren Alltag – und das Überleben der Menschheit (siehe großer Text in der Mitte). Ein kleiner Hoffnungsschimmer: Nach den Verboten von Kühlschränken mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) hat sich das Ozonloch in der Erdatmosphäre langsam wieder geschlossen.



FOTOS: AETERNA/UNIVERSAL IMAGES/GETTY IMAGES; KONSTANTINOS TRAKALIDIS/REUTERS/GETTY IMAGES (LINKS)

Wie geht es den Böden?

In einer Handvoll fruchtbarer Erde leben mehr Mikroorganismen als Menschen auf der Welt. Aber fruchtbare Erde ist ein rares Gut geworden, durch die industrielle Landwirtschaft ist inzwischen ein Drittel aller Böden weltweit teils oder ganz degradiert. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzt, dass wir global noch 60 Ernten haben werden, bevor ein Großteil der fruchtbaren Böden auf dem Planeten vernichtet ist.

Eine von der Wissenschaft definierte Belastungsgrenze des Planeten ist längst überschritten: der Stickstoff-Kreislauf. Intensive Landwirtschaft beeinträchtigt nämlich auch die natürlichen Wasserreserven, das Grundwasser ist vielerorts durch Gülle kontaminiert. Weil die Grenzwerte bereits überschritten sind, exportiert Niedersachsen regelmäßig Gülle aus den Schweinemastbetrieben in andere Länder. Zusätzlich zur Gülle wird künstlicher Stickstoff auf den Feldern ausgebracht, und zwar in einem Ausmaß, das von den Pflanzen nicht absorbiert werden kann. Er landet daher in riesiger Menge in Flüssen, Seen und schließlich im Meer.

Die gute Nachricht: Es ist möglich, durch eine andere Art der Landwirtschaft Biodiversität zu fördern, Gewässer zu schützen und Böden wieder aufzubauen, wodurch sich auch ihre Kapazität, Kohlenstoff zu speichern, erhöht. Damit spielen Böden eine wichtige Rolle dabei, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Wie geht es den Tieren?

Zeit lässt sich nicht zurückdrehen: Eine Million Tier- und Pflanzenarten könnten bald für immer von der Erde verschwunden sein. Verantwortlich für dieses Massenaussterben ist unsere Art, zu wirtschaften, schreibt der Weltbiodiversitätsrat IPBES. Zwar wurden vergangenes Jahr politische Initiativen wie der europäische Green Deal oder die EU-Biodiversitätsstrategie gestartet, 70 Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen haben außerdem mit dem „Leaders' Pledge for Nature“ mehr Engagement für Naturschutz versprochen.

Doch Worte helfen bedrohten Arten wenig, wie das Beispiel der Dorsche zeigt. Auch als Kabeljau bekannt, war der Dorsch einmal der häufigste Fangfisch der Ostsee. Heute sind die Populationen so minimiert, dass Meeresbiologen nicht mehr an eine Erholung glauben. Die Ostsee hat sich bereits um zwei Grad Celsius erwärmt, das setzt den Fisch unter Stress, von der Larve bis zum ausgewachsenen Tier, dem die Temperatur zu warm zum Fressen ist.

Ähnlich geht es den Hummeln – sie sind anfällig für Hitzezellen und Stürme. Eine Langzeitstudie über 27 Jahre fand heraus, dass die Biomasse fliegender Insekten in Deutschland um drei Viertel zurückgegangen ist. Grund zur Hoffnung brachte 2019 das bayerische Volksbegehren „Rettet die Bienen“ mit 17 Millionen Unterschriften. Auf diesen Druck reagierte nun der Umweltausschuss im Bundesrat und verabschiedete im Juni ein Insektenschutzpaket.

Wie geht es dem Wald?

Sehnsuchtsort, Ausflugsziel, Symbol für den Widerstand: Der deutsche Wald war ein Alleskönner. Bis zum Hitzesommer 2018. Letzt geht es ihm so schlecht wie nie – von den Dürrejahren hat er sich kaum erholt, Schädlinge wie der Borkenkäfer breiten sich weiter aus. Besonders betroffen sind Nadelwälder, drei Viertel des geschlagenen Holzes stammten vergangenes Jahr von geschädigten Bäumen. Auf dem Zweiten Nationalen Waldgipfel versprach Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) im Sommer, 1,5 Milliarden Euro in den Umbau deutscher Wälder zu investieren.

Auf dem Erhalt gesunder Mischwälder liegt oft keine Priorität, kritisieren Umweltverbände. Laut dem aktuellen Bundesverkehrswegeplan sollen bis 2030 allein 850 Kilometer zusätzliche Autobahnen gebaut werden. Bei 115 der 213 Autobahnprojekte seien Schutzgebiete wie Wälder oder Moore betroffen, stellte Greenpeace in einer Untersuchung fest. Diese Entwicklung ist nicht nur in Deutschland ein Problem für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Global gesehen stellen Landnutzungsänderungen, also das Abholzen von Wald für Ackerfläche, das Trockenlegen von Mooren für Infrastruktur oder der Flächenfraß von Gemeinden, die größte Bedrohung für gesunde Ökosysteme dar. Auf dem Diagramm der Belastungsgrenzen haben wir die sichere Zone längst verlassen. Aber niemand hat gesagt, dass aus Ackerflächen nicht auch wieder Waldgärten werden können.

Theresa Leisgang und Raphael Thelen brachen im Hitzesommer 2019 zur größten Recherche ihres Lebens auf. 2021 ist ihr Buch *Zwei am Puls der Erde. Eine Reise zu den Schnupflätzen der Klimakrise – und warum es trotz allem Hoffnung gibt* bei Goldmann erschienen

■ Theresa Leisgang, Raphael Thelen

Das Handy vibriert, eine Nachricht aus Mosambik: „Geht es euch gut? Ich hoffe, ihr seid in Sicherheit.“ Antonia Teixeira Chikono macht sich Sorgen, sie hat aus den Nachrichten erfahren, dass in Deutschland viele Menschen in den Überschwemmungen umgekommen sind. Auch wir sitzen fassungslos vor dem Newsticker. In Ahrweiler schwimmen Autos an Häusern vorbei, als wären sie Spielzeug. Der Regen lässt nicht nach, tagelang suchen Einsatzkräfte nach Vermissten, einige Ortsteile sind nicht mal per Boot erreichbar. Wir können nicht glauben, dass sich diese Tragödie in Deutschland abspielt.

Das war rund zehn Wochen vor der Bundestagswahl. Inzwischen scheinen die Fluten fast wieder vergessen. Und das macht uns Angst, denn die Bundesregierung, die diese Woche gewählt wird, ist voraussichtlich die Letzte, die noch verhindern kann, dass das Klima kollabiert.

Im Hitzesommer 2019 wollten wir wissen, wie schlimm es wirklich um unser Klima steht. Wir sind aufgebrochen, um mit den Menschen zu sprechen, für die die Krise schon lange Realität ist, quer durch alle Klimazonen. Wir kommen mit schlechten Nachrichten zurück. Überall auf der Welt ist zu sehen, wie dramatisch die Folgen schon bei 1,1 Grad Erwärmung im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten sind, die derzeit bereits gemessen werden.

Antonia Teixeira Chikono haben wir an der mosambikanischen Küste getroffen – ein Jahr nachdem der Zyklon Idai im März 2019 weite Teile des Landes mit Wassermassen überrollte. Die siebenfache Mutter erinnert sich noch gut an die Nacht des Sturms, der gegen Mitternacht mit Windgeschwindigkeiten von 165 Stundenkilometern auf Land traf. Idai war einer der verheerendsten Wirbelstürme, die jemals auf der südlichen Halbkugel wüteten. Über 1.000 Menschen verloren ihr Leben, Hunderttausende ihre Lebensgrundlage: Die Überschwemmungen zerstörten die Felder, genau vor der Ernte.

Bei unserem Besuch in Mosambik schien die Klimakrise für uns Deutsche noch weit

entfernt. Jetzt, wo schlammige Fluten Häuser einstürzen lassen und Menschen in den Tod reißen, wo Urlaubsbilder vor einem Flammeninferno die neue Realität auf Instagram sind, dämmert es langsam allen: Es ist nicht das Wetter, das verrücktspielt. So sieht die Welt aus bei gerade einmal 1,1 Grad Celsius Temperaturanstieg. Niemand ist mehr sicher.

Dennoch ist die Diskussion in Deutschland von Angst vor Verzicht geprägt: Wird mir bald das Schnitzel verboten? Darf man jetzt eigentlich noch nach Thailand fliegen? Dabei gerät aus dem Blick, was es bedeutet, auf Klimaschutz zu verzichten. Jede Tonne CO₂, die wir emittieren, hält sich für Hunderte Jahre in der Atmosphäre und heizt die Erde auf. Nie in der Geschichte des Planeten war die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre höher als heute.

Bei 1,1 Grad werden Ahrweiler und Mosambik überflutet. Und bei zwei Grad?

Vor sechs Jahren haben sich die Staats- und Regierungschefs in Paris dazu verpflichtet, die globale Erwärmung auf „deutlich unter zwei Grad“ zu begrenzen – wenn möglich unter 1,5 Grad im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten. Im Sommer 2021 räumte Angela Merkel Versäumnisse ein. Man müsse jetzt „schneller werden“, das zeigen auch die Berechnungen des Sachverständigenrats der Bundesregierung: Das deutsche CO₂-Budget wäre bei gleichbleibenden Emissionen bereits im Jahr 2026 verbraucht, bei linearer Reduktion im Jahr 2032. Heißt: Maximal elf Jahre, bis Deutschland klimaneutral sein muss, so steht es neuerdings im Gesetz. Die kom-

plexe Bundesregierung muss also schneller werden. Viel schneller.

Doch zu verhindern sind Klimakatastrophen nicht mehr: Für viele Menschen bestimmen sie jetzt schon den Alltag. Während Antonia Teixeira Chikonos Haus in Trümmern lag, war sie für andere da, denen es noch schlechter ging: für die allein-erziehende Mutter im Dorf, ihre Nachbarin im Rollstuhl. Sie organisierte mit ihrem feministischen Netzwerk einen internationalen Spendenaufruf, der mit 48.000 Euro denen helfen konnte, für die der internationale Katastrophenschutz keine große Hilfe war. Das sind die Kosten des Klimawandels: Sie sind immens, genau wie die Energie, die Hoffnungen, die Chikono in den Wiederaufbau ihres Dorfes gesteckt hat. Dabei gehört sie zu den Menschen, die am wenigsten zur Eskalation beigetragen haben. Anfang der 1970er Jahre gingen 60 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen auf das Konto der Industrieländer, heute ist es immer noch fast die Hälfte (49 Prozent). Eine US-Amerikanerin stößt durchschnittlich 20-mal mehr CO₂ aus als Chikono. Ihr hilft es nicht, wenn wir ihre Resilienz bewundern. Ihr hilft es allein, wenn Industriestaaten wie Deutschland ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2030 mindestens halbieren.

Die bisherige Politik erreicht das nicht. Berechnungen der Denkfabrik „Agora Energiewende“ zufolge wird Deutschland dieses Jahr den größten CO₂-Anstieg seit 1990 verzeichnen, wodurch die gesetzlich festgeschriebenen Klimaziele massiv verfehlt würden. Dabei zählt jedes Zehntelgrad. Bienen, Falter und Hummeln, die für die Bestäubung in der Landwirtschaft eine große Rolle spielen, verlieren mit jedem Zehntel Verbreitungsgebiete. Eine Sturmflut, wie sie an der Nordseeküste bei Cuxhaven statistisch bisher alle 500 Jahre auftritt, wird bei 1,5 Grad Celsius Erwärmung einmal in 100 Jahren erwartet – bei zwei Grad Celsius alle 33 Jahre. Studien schätzen, dass zwischen 184 und 270 Millionen Menschen weltweit von zunehmender Wasserknappheit verschont bleiben, wenn die Erderwärmung bei 1,5 Grad gestoppt wird anstatt bei zwei Grad Celsius.

Noch nie war der Weltklimarat IPCC so klar in den Prognosen über dramatische

Auswirkungen der Klimakrise wie im letzten Sachstandsbericht. Erstmals gibt es einen eigenen Abschnitt zu Extremwettern, wie sie diesen Sommer von Sizilien bis Sibirien, von Westdeutschland bis in die wichtigste Weizenregion Chinas, Henan, Schlagzeilen machten. Bessere Computermodelle lassen auch regionale Vorhersagen treffen: Im Mittelmeerraum könnten Dürren zunehmen, im Norden Europas eher Starkregen – und überall werden Hitzezellen häufiger und heftiger.

Wie das Leben in Deutschland in einer Zwei-Grad-Welt aussehen würde, haben die Autoren Nick Reimer und Toralf Staud aus Hunderten Prognosen der Klimawissenschaftler zusammengetragen. In ihrem Buch *Deutschland 2050* zeichnen sie ein düsteres Bild: Krankheiten wie das Dengue-Fieber und Malaria werden auch in Deutschland zum Problem. Das größte Gesundheitsrisiko wird die Hitze sein, schon 2018 tötete eine Hitzewelle 20.000 Menschen. Noch sind Städte und Infrastrukturen nicht auf eine Zwei-Grad-Welt ausgerichtet, es gibt nicht genug kühlende Bäume, begrünte Dächer, Luftschneisen. Vor allem im Südwesten, aber auch in Köln, Berlin, Dresden, Leipzig und in der Lausitz wird es unerträglich heiß. Ernteverluste, Schäden durch Waldbrände, Kosten in Milliardenhöhe für die deutsche Wirtschaft: „Unser Leben wird 2050 unsicherer sein“, resümieren die Autoren. Was das für ordnungsliebenden Deutschen bedeutet, könne man nur ahnen.

Aufgaben ist keine Option

Die Wissenschaft lässt also keinen Zweifel: Durchschnittlich zwei Grad mehr wären eine Katastrophe für die Welt. Doch was an all den Szenarien, die wir gelesen haben, am beunruhigendsten ist: Steigt die weltweite Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 Grad Celsius, nimmt auch das Risiko zu, dass Kippunkte überschritten werden. Bestimmte Teile des Klimasystems wie Permafrostböden, Gebirgsgletscher, der Golfstrom oder der Amazonas-Regenwald, reagieren lange Zeit nur wenig auf den Klimastress, aber irgendwann kommt es zum Kippunkt: Veränderungen laufen ab hier unaufhaltsam ab. Es ist wie bei einem Glas

Wein, das nachtsam immer weiter zum Tischrand geschoben wird, irgendwann steht es nicht mehr stabil und kippt.

In der Arktis könnte dieser Punkt schon überschritten sein. Kein Ort der Welt erwärmt sich schneller. Denn in den Permafrostböden der Arktis sind bis zu 1,6 Billionen Tonnen Kohlenstoff gespeichert – abgestorbene Bäume, tote Tiere, verwelktes Gras –, was in etwa dem Doppelten der Menge an Kohlenstoff entspricht, die sich derzeit in der Atmosphäre befindet. Wegen der globalen Erwärmung taut der Boden, es kommt zu Abbauprozessen, Treibhausgasen entweichen. Die zusätzlichen Gase lassen die globalen Temperaturen steigen, mehr werden tauen, noch mehr Treibhausgasen entweichen, die Temperaturen steigen weiter. Ein Teufelskreis.

Hier, am nördlichen Polarkreis, trafen wir eine indigene Familie der Sámi. Seit Generationen begleiten sie die Rentierherden auf ihrem Weg von den Sommerweiden am Fjord zu den Winterweiden. In dieser unwirtlichen Gegend waren die Tiere seit jeher essenziell für das Überleben der Indigenen: als Wärmespender, als Gulasch, als Begleiter durch die Nacht. Was Familienvater Anders Triumf über Nordnorwegen erzählt, stimmt für die ganze Welt: Nur weil das Klima jahrhundertlang stabil war, konnte sich unsere Zivilisation, konnten sich Städte und Kulturen entwickeln. Und nun wird es instabil. Durch die Temperaturschwankungen taut im Winter der Schnee und friert wieder fest, die Tiere finden unter den versiegelten Eisschichten kein Futter mehr. Ganze Herden müssen mit Helikoptern notversorgt werden oder verhungern. Parasiten wie die Dasselfliege breiten sich aus. Die sich ändernde Vegeta-

Dem Klimaziel am nächsten kommen Linke und Grüne. Am weitesten weg: die FDP

tion zwingt die Tiere dazu, jahrhundertalte Wanderrouten zu verlassen.

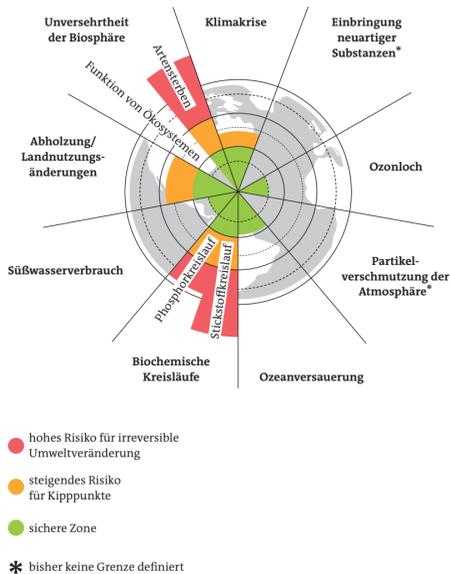
Aufgeben ist jedoch keine Option. Für Antonia Teixeira Chikono nicht, für Anders Triumf nicht. Unter dem Sternenhimmel von Kautokeino, wo die Nordlichter ihre grünen Schwingen über uns ausbreiteten, begriffen wir, dass es nichts zu verlieren gibt außer unserer Angst.

Rein physikalisch ist es noch machbar, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. In einem jüngst von Mitgliedern der „Scientist Rebellion“ geleakten Abdruck des nächsten Weltklimarat-Berichts, der eigentlich erst 2022 erscheinen sollte, heißt es: Die nächsten zehn Jahre werden entscheidend sein. Es brauche so schnell wie möglich einen konsequenten Ausstieg aus Kohle und Ölförderung – und Millionen Menschen müssen ihren Lebensstil ändern.

Lebensstil ändern? Hier sehen wir schon: Die Physik allein wird uns nicht retten. Die Klimakrise ist ein gesellschaftliches Problem. Nun wird womöglich die letzte Bundesregierung gewählt, die noch einlenken kann. Wird sie es tun? Leider kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu dem Schluss: Keine der untersuchten Parteien würde mit ihrer Politik die gesetzlich festgelegten Klimaschutzziele erreichen, nicht einmal die Grünen. Mit ihrem Plan, den Kohleausstieg zu beschleunigen, kommen sie und die Linken den Zielen aber am nächsten, am weitesten entfernt ist die FDP.

Doch was die nächste Bundesregierung tun wird, ist davon abhängig, was die Gesellschaft von ihr verlangt. Fridays for Future, Black Lives Matter und MeToo haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Wandel möglich ist. Oder, wie die Philosophin Eva von Redecker schreibt: Die Revolution für das Leben ist bereits im Gange. Dieser soziale Kippunkt ist unsere größte Chance auf ein Leben in Sicherheit.

Ökologische Belastungsgrenze



GRAFIK: DER FREITAG NACH WILLY STEFFEN U.A. 2019: PLANETARY BOUNDARIES. CLIPPING HUMAN DEVELOPMENT ON A CHANGING PLANET